

Der Völkermord in Palästina – Wie kann die nächste Etappe verhindert werden?

Ilan Pappé, palestinechronicle.com, 07.09.24

Ähnlich wie im Jahr 1948 glauben die Führer der zionistischen Bewegung, dass die Geschichte ihnen die seltene Gelegenheit bietet, in einer einzigen großen Aktion das zu erreichen, was sie sonst nur über mehrere Jahre hinweg mit schrittweisen Maßnahmen durchsetzen könnten.

Die derzeitige messianische, neozionistische israelische Regierung glaubt, dass ihr ein seltenes historisches Fenster geöffnet wurde, das ihr die Macht verleiht, die Palästinenser ihrem Land zu vertreiben.

In diesem Zusammenhang ist in den Augen dieser Politiker und ihrer Wählerschaft jedes Mittel, einschließlich Völkermord, gerechtfertigt.

Wie viele von uns gewarnt hatten, konzentriert sich der Staat Israel elf Monate nach dem Völkermord in Gaza nun auf den Genozid in der Westbank.

In diesem Fall ist es eine vorsichtigeren Politik, da die israelische Besatzung keine einfachen Vorwände finden kann, wie bei seinem völkermörderischen Angriff auf Gaza. Das Narrativ, das der Staat Israel verwendet, ist jedoch im Wesentlichen dasselbe. Es ist sogar mehr als ein Narrativ, es ist ein Mythos, den die Unterstützer des Staates Israel in der ganzen Welt immer wieder aufgreifen und wiederholen.

Der Mythos lautet wie folgt: Der israelische Angriff auf den Gazastreifen war eine militärische Vergeltungsmaßnahme, während der aktuelle Angriff auf die Westbank ein Präventivschlag gegen die Stellvertreter des Iran in der Region darstellt.

Es gibt noch eine weitere Ebene des Mythos, nämlich die Behauptung, dass der Iran durch dieselben Ziele motiviert ist, die auch dem Völkermord der Nazis an den Juden zugrunde lagen.

Dies ist natürlich keine neue Propagandastrategie. Israelische Akademiker, Diplomaten und Politiker haben seit 1948 versucht, die Palästinenser zu Nazis zu machen. Der absurdeste Teil dieser Bemühungen war die Behauptung des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu, der Mufti habe Hitler dazu überredet, den Völkermord an den Juden in Europa zu begehen.

Dieser alt-neue Mythos führte zu dem unheilvollen Vergleich zwischen den Soldaten und Bürgern, die am 7. Oktober 2023 getötet wurden, und den sechs Millionen Juden, die von den Nazis abgeschlachtet wurden.

Ein solcher Vergleich ist ein durch und durch ein Missbrauch der Erinnerung an den Holocaust und, was noch wichtiger ist, es handelt sich um einen Versuch, den palästinensischen antikolonialistischen Widerstand zu dämonisieren, der bereits in den 1920er Jahren begann – und bis zur Befreiung Palästinas andauern wird.

Es ist nicht nötig, viel Zeit darauf zu verwenden, diese Art von Fiktion zu widerlegen. Was zählt, ist, dass sie in den westlichen Medien und in der Politik nach wie vor Immunität bietet für die fortgesetzte völkermörderische Politik des Staates Israel im Gaza-Streifen und in der Westbank.

Die Leser des *Palestine Chronicle* müssen nicht davon überzeugt werden, dass die israelischen Aktionen im Gazastreifen einen Völkermord bedeuten. Was sich jedoch im letzten Monat gezeigt hat, ist, dass der Völkermord nicht nur aus Massentötungen von Palästinensern besteht, zu einem umfassenderen Projekts zur Auslöschung der Palästinenser in ihrem Land gehört.

Diese Auslöschungsstrategie führte in den letzten elf Monaten zur vollständigen Zerstörung der Universitäten und Bibliotheken im Gazastreifen. Ein barbarischer Akt, der darauf abzielt, die palästinensische Identität, das kulturelle Erbe und das Humankapital auszulöschen.

Dies ist auch die Motivation für die israelischen Aktionen in der Westbank, die als Präventivschlag gegen einen möglichen „terroristischen“ Angriff auf den Staat Israel getarnt sind.

Die derzeitige messianische, neozionistische israelische Regierung glaubt, dass ihr ein seltenes historisches Fenster geöffnet wurde, das ihr die Macht verleiht, die Palästinenser aus ihrem Land zu vertreiben. In diesem Zusammenhang ist in den Augen dieser Politiker und ihrer Wählerschaft jedes Mittel, einschließlich Völkermord, gerechtfertigt.

Ähnlich wie im Jahr 1948 glauben die Führer der zionistischen Bewegung, dass die Geschichte ihnen die seltene Gelegenheit bietet, in einer einzigen großen Aktion das zu erreichen, was sie sonst nur über mehrere Jahre hinweg durch schrittweises Vorgehen durchsetzen könnten.

Dies ist eine schmerzhaft Erinnerung an die beiden Uhren der Geschichte, die mit unterschiedlichem Tempo laufen. Die eine Uhr, die sehr langsam läuft, misst die wachsende Solidarität mit dem palästinensischen Volk im Westen, zusammen mit proaktiven Kampagnen zum Boykott Israels und zur Veräußerung von Anteilen an Israel.

Die andere Uhr, die sich leider in einem erschreckenden Tempo beschleunigt, misst die Zerstörung vor Ort im historischen Palästina.

Die Hauptaufgabe der Solidaritätsbewegung ist daher nach wie vor dieselbe: Sie muss versuchen, das Tempo anzupassen und die sich verändernde globale und regionale Reaktion auf die israelische Politik zu beeinflussen, um vor Ort etwas zu bewirken.

Die Horrorshow des Parteitags der Demokraten in Chicago im vergangenen August – wo die Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris ihre schamlose und bedingungslose Unterstützung des Staates Israel bekräftigte – war eine weitere schmerzhaft Erinnerung an die amerikanische Mitschuld an dem

Völkermord. Es zeigte aber auch, dass es in der amerikanischen Politik keine sinnvolle Alternative gibt, die uns Hoffnung auf einen radikalen Wandel in naher Zukunft geben könnte.

Es ist auch ermutigend zu sehen, dass sich immer mehr Gewerkschaften und Unternehmen aus dem Staat Israel zurückziehen, während mehrere Universitäten beschlossen haben, ihre offiziellen Verbindungen mit der israelischen akademischen Welt zu kappen.

Der neozionistische Messianismus muss daran gehindert werden, das zu verwirklichen, was seine Gurus als eine seltene historische Gelegenheit betrachten, das palästinensische Volk zu vernichten, was ihren Vorgängern in mehr als einem Jahrhundert kolonialer Unterdrückung nicht gelungen ist.

Wie auch immer die amerikanischen Wahlen ausgehen werden, es ist vernünftiger, sich für eine Begrenzung des amerikanischen Engagements in Palästina wie auch im Nahen Osten einzusetzen, als von der neuen amerikanischen Regierung zu erwarten, dass sie eine Politik verfolgt, die seit der Gründung des Staates Israel nie verfolgt wurde.

Je weniger die USA involviert sind, desto besser sind die Chancen für eine bessere Zukunft. Leider gibt es jedoch einen Vorbehalt. Um den Völkermord im Gazastreifen und den in der Westbank zu stoppen, muss der Druck auf den künftigen Präsidenten kurzfristig deutlich erhöht werden.

Es bleibt zu hoffen, dass das *Uncommitted National Movement* [die nationale Unentschieden-Bewegung] Harris in den nächsten 60 Tagen davon überzeugen kann, dass die Beendigung des Völkermordes ihr helfen könnte, die Swing States zu gewinnen, in denen die Stimmen der Linken und der arabischen Amerikaner von großer Bedeutung sind.

Und dann sind da noch die Europäische Union und die britische Regierung, die bis heute eine beschämende Haltung gegenüber dem Völkermord eingenommen haben.

Die Rückkehr der *Labour*-Partei an die Macht und der Sieg des Linksbündnisses in Frankreich haben bisher nicht zu einer ernsthaften Änderung der Politik beider Länder geführt.

Und obwohl die Positionen Norwegens, Spaniens und Belgiens zur Anerkennung des Staates Palästina ermutigend sind, ist dies im Moment kaum ein dringendes Ziel, da der Völkermord in Gaza weitergeht und sich auf die Westbank und vielleicht in Zukunft auch auf die 1,9 Millionen palästinensischen Bürger innerhalb des Staates Israel ausweitet.

Ich habe mich immer sehr davor gehütet, Weltuntergangsvorhersagen und Panikmache über das Schicksal dieser besonderen Gemeinschaft zu machen, in deren Mitte ich die meiste Zeit verbracht habe. Doch nun befürchte ich, dass auch sie als potenzielle Opfer der dritten Phase einer existenziellen Gefahr ausgesetzt sind. Doch es ist nie zu spät, den nächsten Schritt zu verhindern.

Das akademische Jahr im globalen Norden und in den USA steht vor der Tür, und es ist zu hoffen, dass die Proteste in den Camps mit neuer Energie und noch stärkeren Formen des Protests zurückkehren werden.

Es ist auch ermutigend zu sehen, dass sich immer mehr Gewerkschaften und Unternehmen aus dem Staat Israel zurückziehen, während mehrere Universitäten beschlossen haben, ihre offiziellen Verbindungen mit der israelischen akademischen Welt zu kappen.

Es ist nicht nötig, den Palästinensern vorzuschreiben, wie sie strategisch vorgehen und welches Ziel sie verfolgen sollen. Was wir brauchen, ist eine selbstbewusste Solidaritätsbewegung, die entschlossen ist, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die nationalen Regierungen unter Druck zu setzen und Israel zu stoppen.

Der neozionistische Messianismus muss daran gehindert werden, das zu verwirklichen, was seine Gurus als eine seltene historische Gelegenheit betrachten, das palästinensische Volk zu vernichten, was ihren Vorgängern in mehr als einem Jahrhundert kolonialer Unterdrückung nicht gelungen ist.

Wir wissen, dass ihnen das nicht gelingen wird - die Palästinenser werden nicht verschwinden, und Palästina auch nicht, aber wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um das Blutbad und die Zerstörung, die sie im gesamten historischen Palästina anrichten, zu begrenzen.

Ilan Pappé ist Professor an der Universität von Exeter. Zuvor war er Dozent für Politikwissenschaft an der Universität von Haifa. Er ist Autor von The Ethnic Cleansing of Palestine, The Modern Middle East, A History of Modern Palestine: Ein Land, zwei Völker, und Zehn Mythen über Israel. Zusammen mit Ramzy Baroud ist er Mitherausgeber von Our Vision for Liberation“. Pappé wird als einer der israelischen „Neuen Historiker“ bezeichnet, die seit der Veröffentlichung einschlägiger britischer und israelischer Regierungsdokumente in den frühen 1980er Jahren die Geschichte der Gründung Israels im Jahr 1948 neu schreiben. Er hat diesen Artikel für The Palestine verfasst

Quelle: <https://www.palestinechronicle.com/the-genocide-in-palestine-how-to-prevent-the-next-stage-from-happening-ilan-pappe/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Warum der Westen Netanyahu die Stirn bieten sollte

David Hearst, middleeasteye.net, 02.09.24

Tritt man Netanyahu nicht entgegen, dürften die regionalen Kosten schnell die innenpolitischen Vorteile, weiter von ihm mitgeschleift zu werden, übersteigen. □

Die Bergung von sechs weiteren toten Geiseln hat in Israel eine Flutwelle der Wut ausgelöst. Demonstrationen, seit den Protesten gegen die Justizreform nicht mehr gesehen, erschüttern das Land. Die Israelis sprechen von einem Aufstand.

Dieser Aufstand ist, wie auch die Demonstrationen gegen die Justizreformen im letzten Jahr, einer der letzten Würfel im Spiel, die die liberale aschkenasische noch Elite hat. Sie spürt, dass sie die Kontrolle über Land verliert. Sie hat bereits die Kontrolle über die Armee und die Polizei an die Siedler verloren. Es bleibt ihnen nicht mehr viel, und so gab es im letzten Jahr einen Exodus von Israelis und Kapital nach Europa.

Zehntausende Israelis haben im Rahmen eines Generalstreiks ihre Arbeit niedergelegt. Sowohl Verteidigungsminister Yoav Gallant als auch der Sicherheitsapparat befinden sich im offenen Konflikt mit ihrem Premierminister. Die Oppositionsführer Benny Gantz und Yair Lapid riefen die Menschen auf, auf die Straße zu gehen. Und sie haben es getan. Die wichtigsten Autobahnen um Tel Aviv sind blockiert.

Wie auch immer die Geiseln zu Tode kamen – die Hamas behauptet, sie seien durch israelische Schüsse getötet worden, die israelische Armee sagt, sie seien aus nächster Nähe hingerichtet worden, kurz vor dem Versuch, sie zu befreien – die Schuld für ihren Tod liegt eindeutig bei Benjamin Netanyahu und der rechtsextremen Clique, die seine Regierung stützt.

Vier der sechs Geiseln standen auf der „humanitären“ Gefangenenliste der Hamas und wären in der ersten Phase eines Geiselabkommens freigelassen worden, hätte Netanyahu nicht den Rückzug aus dem Philadelphi-Korridor, der Ägypten von Gaza trennt, verweigert. Das ist keine Spekulation.

Untergrabung eines möglichen Abkommens

Das sagen nun selbst die israelischen Sicherheitschefs, die Netanyahu wiederholt davor gewarnt haben, was mit den verbleibenden Geiseln geschehen würde, wenn er weiterhin eine Einigung vereitelt.

Vor drei Tagen kam es bei einer regulären Sicherheitsbesprechung im Kabinett zu einem Wortgefecht zwischen Gallant und Netanyahu, wie *Axios* berichtete. Berichten zufolge sagte Gallant bei dem Tref-

fen: „Wir müssen uns zwischen Philadelphi und den Geiseln entscheiden. Wir können nicht beides haben. Wenn wir abstimmen, könnten wir feststellen, dass entweder die Geiseln sterben oder wir einen Rückzieher machen müssen, um sie freizulassen.“ Gallant, der Generalstabschef der israelischen Armee, General Herzi Halevi, und der Leiter des israelischen Verhandlungsteams, Mossad-Direktor David Barnea, wandten sich gegen Netanyahu und seinen Vorschlag, über eine Resolution zur Aufrechterhaltung der vollständigen israelischen Kontrolle entlang der Grenze zu Ägypten abzustimmen, da sie nach ihrer Ansicht ein mögliches Abkommen mit der Hamas untergraben würde.

„Wir haben Netanyahu und die Minister des Kabinetts vor genau diesem Szenario gewarnt, aber sie haben nicht auf uns gehört“, so ein hoher israelischer Beamter gegenüber *Axios*. Die Abstimmung ging mit der Zustimmung der Mehrheit über die Bühne.

Wie auch immer die Geiseln zu Tode kamen, den Familien der Geiseln war klar, dass diese Gruppe von Geiseln kurz vor dem Rettungsversuch der Armee noch am Leben war.

„Eine Einigung über die Rückkehr der Geiseln liegt seit über zwei Monaten auf dem Tisch. Wenn er [Netanyahu] es nicht vereitelt hätte, die Ausreden und Verdrehungen nicht gewesen wären, wären die Geiseln, von deren Tod wir heute Morgen erfahren haben, wahrscheinlich noch am Leben“, erklärte das Forum für Geiseln und vermisste Angehörige in einer Erklärung.

Der Tod der Geiseln löste in den USA eine ähnliche Erschütterung aus wie der Hamas-Anschlag vom 7. Oktober. Nicht zuletzt, weil die Eltern eines der Toten, Hersh Goldberg-Polin, ein US-Bürger, auf der Bühne der *Democratic National Convention* sprachen, während Tausende im Publikum „Bringt sie zurück“ skandierten.

Daraufhin versprach der scheidende US-Präsident Joe Biden, die Hamas für diese Todesfälle „bezahlen“ zu lassen, und die Präsidentschaftskandidatin der Partei, Kamala Harris, sagte, die Hamas müsse eliminiert werden. Beide wissen, dass auch sie die Verantwortung für den Tod der Geiseln tragen.

Die brutale Wahrheit

Biden rief vor vier Monaten klar und deutlich zu einem dauerhaften Waffenstillstand auf. Die UNO verabschiedete im Juni eine Resolution für einen umfassenden dreistufigen Waffenstillstand. Es ist Bidens erste Pflicht als Oberbefehlshaber, dafür zu sorgen, dass sich ein wichtiger Sicherheitsverbündeter im Nahen Osten an die US-Politik hält, insbesondere ein Verbündeter, der so abhängig von der Lieferung von US-Waffen ist wie Israel.

Die brutale Wahrheit dieser Todesfälle ist, dass, wäre Biden bereit gewesen, seine eigene Politik mit einem Waffenembargo durchzusetzen, es jetzt einen Waffenstillstand gäbe und viele der verbleibenden Geiseln, darunter Amerikaner und Briten, befreit wären. Wenn sich jemand nach dem Tod von Goldberg-Polin im Spiegel betrachten sollte, dann Biden.

Es wäre töricht, träte Harris kleinlaut in diese Fußstapfen. Sie sollte sich daran erinnern, was ihre eigenen Generäle zur Unmöglichkeit, die Hamas in Gaza zu besiegen, sagten. Es könnte jedoch sein, dass diese Todesfälle der Wendepunkt sind, der Netanyahu zu einer Kehrtwende in den noch immer festge-

fahrenen Verhandlungen zwingt. Der Nationale Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, teilte den Familien der im Gazastreifen festgehaltenen US-Geiseln mit, dass die USA Israel und der Hamas ein endgültiges Angebot für einen Waffenstillstand unterbreiten werden, das sie entweder annehmen oder ablehnen. Dies wurde jedoch schon oft gesagt und hat dafür gesorgt, dass die US-Vertreter bei den unabhängigen Unterhändlern Ägypten und Katar jede Glaubwürdigkeit verloren haben.

Sollte es jedoch zu einem schrittweisen israelischen Rückzug aus dem Philadelphi-Korridor kommen und Netanyahu unter dem nationalen und internationalen Druck einknickt, ist ihm bewußt, dass er in eine weitere Krise geraten wird.

Das Ende der aschkenasischen Kontrolle

Es besteht nicht nur die Wahrscheinlichkeit, dass Bezalel Smotrich, der Finanzminister, und Itamar Ben Gvir, der Minister für nationale Sicherheit, die beiden extremsten in seiner Regierung, zurücktreten werden, wie sie es wiederholt angedroht haben. Netanyahu weiß, dass Israel in der Mitte gespalten ist. Mehr als die Hälfte des Landes fordert von ihm, dass er „die Arbeit zu Ende bringt“, die David Ben Gurion, Israels erster Premierminister, nicht zu Ende führte.

Dieser Aufstand ist, wie auch die Demonstrationen gegen die Justizreformen im vergangenen Jahr, einer der letzten Würfel im Spiel, die die liberale aschkenasische noch Elite hat. Sie spürt, dass sie die Kontrolle über das Land verlieren, das sie aufgebaut haben. Sie haben bereits die Kontrolle über die Armee und die Polizei an die Siedler verloren. Es bleibt ihnen nicht mehr viel, und so gab es im letzten Jahr einen Exodus von Israelis und Kapital nach Europa.

Netanyahu handelt nicht nur aus Gründen des persönlichen politischen Überlebens. Auch er spürt, dass Israel an der Schwelle zu einer rechten Revolution steht. Deshalb sagt ihm sein politischer Instinkt, dass sehr viel auf dem Spiel steht. Sollte es dazu kommen, wird das in völligem Gegensatz zu einer demokratischen US-Präsidentschaft stehen.

Auflösung in Echtzeit

Biden sollte auch in den Spiegel schauen, bezüglich dessen, was in der besetzten Westbank geschieht. Da Netanyahu aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt aus militärischen, nicht in der Lage ist, eine zweite Front gegen die Hisbollah im Libanon zu eröffnen, hat er sich in einer groß angelegten Militäroperation mit der Bezeichnung „Operation Sommerlager“ auf die drei Städte im Norden der Westbank konzentriert, um einen Bevölkerungstransfer zu erzwingen. So wie die Nacht auf den Tag folgt, kamen die Angriffe auf israelische Truppen in der gesamten Westbank und insbesondere in der südlichen Region Hebron.

Biden und Harris sollten zur Kenntnis nehmen, wer als Reaktion auf die Armeeeoperation im Norden drei israelische Polizisten erschoss. Der Schütze war Mitglied der Fatah und ehemaliger Sicherheitsbeamter des palästinensischen Präsidenten. Darüber hinaus kehrte Muhannad al-Asood, ein Bürger aus Idhna in Hebron, in Jordanien geboren und Besitzer der jordanischen Staatsbürgerschaft, 1998 mit seiner Familie in seine Heimat in der Westbank zurück, nachdem er die Familienzusammenführung erhalten hatte.

Asoods persönliche Geschichte ist eine deutliche Warnung vor den sich ergebenden Folgen, wenn die Palästinenser in der Westbank auf die Eröffnung einer zweiten Front dieses Krieges in den besetzten Gebieten reagieren und in Dschenin, Tulkarm und Tubas die gleichen Waffen und Techniken einsetzen wie in Gaza. Asood war kein Mitglied der Hamas oder des Islamischen Dschihad und gehörte auch keiner bekannten lokalen Widerstandsgruppe an. Er traf die individuelle Entscheidung, dass Widerstand die einzige Antwort auf Israels Militäroffensive sei. In der Westbank und in Jordanien gibt es Hunderttausende von bewaffneten Palästinensern wie ihn, die zu demselben Schluss kommen und die keiner bewaffneten Gruppierung angehören.

Außerdem nehmen die Spannungen zwischen Jordanien und Israel exponentiell zu. Zu Beginn der Offensive gab es ein Wortgefecht zwischen dem israelischen Außenminister Israel Katz und seinem jordanischen Amtskollegen Ayman Safadi. Katz forderte die Bewohner von Dschenin nicht nur auf, das Lager im Rahmen einer „vorübergehenden“ Evakuierung zu verlassen. Er beschuldigte Jordanien wiederholt der Aufrüstung in den Lagern und behauptete, das Land sei nicht in der Lage, sein eigenes Gebiet zu kontrollieren.

„Der Iran baut eine islamische Terrorinfrastruktur in Judäa und Samaria auf und überschwemmt Flüchtlingslager mit Geld und Waffen, die über Jordanien geschmuggelt werden, um eine östliche Terrorfront gegen Israel aufzubauen. Dieser Prozess bedroht auch die Stabilität des jordanischen Regimes. Die Welt muss aufwachen und die iranische Krake stoppen, bevor es zu spät ist“, twitterte Katz auf X.

„Alles Lügen“, erwiderte sein jordanischer Amtskollege. Safadi schrieb: „Wir weisen die Behauptungen der extremistischen rassistischen Minister zurück, die Drohungen erfinden, um die Tötung von Palästinensern und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen zu rechtfertigen. Die israelische Besetzung der palästinensischen Gebiete, die israelischen Verbrechen gegen das palästinensische Volk und die israelische Eskalation in der Region stellen die größte Bedrohung für Sicherheit und Frieden dar. „Wir werden uns mit all unseren Möglichkeiten jedem Versuch widersetzen, das palästinensische Volk innerhalb oder außerhalb der besetzten Gebiete zu vertreiben.“

Ein größerer Brandherd

Heute, am fünften Tag, sind die Weichen gestellt für eine Operation in der besetzten Westbank, die genauso lange dauern könnte wie im Gazastreifen und die der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas nicht aufhalten kann.

Palästinensische Teenager schlagen zurück. Wael Mishah und Tariq Daoud wurden nach Oslo geboren. Sie haben weder die erste noch die zweite Intifada erlebt. Beide waren bei einem Gefangenenaustausch zwischen Israel und der Hamas im November freigelassen worden. Nach seiner Freilassung sprach Mishah über die Notlage von Kindern, die in israelischen Gefängnissen geschlagen und misshandelt werden.

Mishahs kurzer Weg war vorbestimmt. „Er wurde vom Gefangenen zum Gesuchten, zum Gegner [der Besatzung] und dann zum Märtyrer“, sagte seine Mutter. Er wurde am 15. August im Morgengrauen

durch eine Drohne getötet, als er sich gegen einen israelischen Angriff auf Nablus wehrte. Es gibt Tausende von Menschen wie ihn, die in den Kampf getrieben werden.

Ein weiterer von Israel getöteter Kämpfer war der Kommandeur des Tulkarm-Bataillons, Mohamed Jaber, bekannt als Abu Shuja'a. Er wurde von Israel als der meistgesuchte militante Kämpfer bezeichnet, war erst 26 Jahre alt und vier Jahre nach Oslo geboren. Abu Shuja'a war ein Flüchtling im Nur Shams Camp, dessen Familie aus Haifa stammt. Seine Ermordung wird viele weitere Menschen dazu inspirieren, sich der Organisation anzuschließen, so wie er selbst von anderen inspiriert wurde.

Trotz des offensichtlichen Unwillens der Hisbollah und des Irans, sich zu engagieren, sind alle Voraussetzungen für einen viel größeren Flächenbrand gegeben. Ein Israel, das von einem ultranationalistischen, religiösen Siedleraufstand beherrscht wird; ein US-Präsident, der es zulässt, dass sein wichtigster Verbündeter seine Politik missachtet, selbst auf die Gefahr hin, eine wichtige Wahl zu verlieren; ein Widerstand, der nicht aufgeben wird; Palästinenser im Gazastreifen, die nicht fliehen werden; Palästinenser in der Westbank, die jetzt an die vorderste Front gehen; Jordanien, das zweite Land, das Israel anerkannt hat, das sich existenziell bedroht fühlt.

Für Biden oder Harris ist die Botschaft so klar, sie blinkt in Neonlicht: Bietet man Netanyahu nicht die Stirn, dürften die regionalen Kosten schnell die innenpolitischen Vorteile, von ihm mitgeschleift zu werden, übersteigen. □

Die in diesem Artikel geäußerten Ansichten sind die des Autors und spiegeln nicht unbedingt die redaktionelle Politik von Middle East Eye wider.

David Hearst ist Mitbegründer und Chefredakteur von Middle East Eye. Er ist Kommentator und Redner zur Region und Analyst für Saudi-Arabien. Er war der führende Auslandsautor des Guardian und Korrespondent in Russland, Europa und Belfast. Zum Guardian kam er von The Scotsman, wo er als Korrespondent für Bildung tätig war.

Quelle: <https://www.middleeasteye.net/opinion/west-israel-netanyahu-should-stand-why>

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de